

Bremer Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise!!!“

Bundesweiter Aktionstag am 17.09.2009

gegen die Krisenpolitik der Unternehmen,
der Bundesregierung und der Landesregierungen

**Demo in Bremen, Donnerstag 17.09.09,
17 Uhr ab Ziegenmarkt**



Die Wirtschaftskrise und die Bankenrettung haben die öffentlichen Haushalte bereits hunderte Milliarden Euro gekostet. Die staatlichen Bürgschaften und die Verlagerung von Risiken in „bad banks“ werden diese Kosten vervielfachen. Die Entscheidung „Wer zahlt für die Krise?“ wird deshalb ab Herbst zur zentralen gesellschaftlichen Frage werden.

Der Kapitalismus mit seinen Krisen erledigt sich nicht von selbst. Seine Profiteure beabsichtigen vielmehr, die immensen Kosten der aktuellen Krise verstärkt auf die Beschäftigten und die Bevölkerung abzuwälzen ein leider hinlänglich bekannter Vorgang. Bereits jetzt werden zum Beispiel die Erhöhung der Mehrwertsteuer, Kürzungen bei den Leistungen für Erwerbslose sowie weiterer Lohn- und Personalabbau in den Betrieben und im öffentlichen Dienst geplant. Von Konsequenzen aus den Fehlern des Wirtschaftssystems ist also nichts zu sehen, im Gegenteil. Die Deutsche Bank hält unbeeindruckt an ihrem Ziel einer Eigenkapitalrendite von 25 Prozent fest. Wirtschafts- und Umweltkrise sollen zum Wiedereinstieg in die Atomenergie genutzt werden. Die Kurzarbeit wird sich in vielen Betrieben als Einstiegstor für Rationalisierungen und Massenentlassungen entpuppen. Die erst jüngst beschlossene „Schuldenbremse“ dürfte ebenfalls zu Sozial- und Personalabbau in dramatischem Umfang führen. Gerade Kürzungen bei Pflege, Kinderbetreuung etc. werden die immer noch bestehende geschlechtspezifische Arbeitsteilung zuungunsten von Frauen verschärfen. Kurzum: Die Krise soll auf unsere Kosten „gelöst“ werden, indem sie in eine allgemeine soziale Krise umgewandelt wird.

Die Krise ist global. Einmal mehr sind die Ärmsten der Armen am meisten betroffen. Immer mehr Menschen vor allem in den sogenannten Entwicklungsländern sind in ihrer Existenz bedroht. So ist seit Beginn der Krise die Zahl der Hungernden weltweit um 150 Millionen Menschen gestiegen. Hinzu kommt, dass die Krise die Konkurrenz auf den Weltmärkten und somit auch die soziale Spaltung zwischen Nord und Süd forciert.

Aber auch in Bremen und Bremerhaven sind die Folgen der Wirtschaftskrise deutlich zu spüren. So werden im Gesamthafenbetriebsverein (GHB) in Bremerhaven viele Beschäftigte ihre Jobs verlieren oder für niedrigere Löhne arbeiten müssen, ohne dass in der Öffentlichkeit oder der Bürgerschaft eine ernsthafte Debatte darüber geführt worden wäre, wie diese Arbeitsplätze hätten gerettet werden können. Oder Kurzarbeit: Allein bei Mercedes und im Bremer Stahlwerk sind hiervon mehrere Tausend Beschäftigte und ihre Familien betroffen. Schließlich zeigt der geplante Abbau von u.U. bis zu 2000 Stellen in den kommunalen Krankenhäusern in aller Deutlichkeit, was vom rot-grünen Senat in den nächsten Jahren zu erwarten ist.

Unverändert wird darauf gesetzt, die Menschen immer wieder gegeneinander auszuspielen: Arbeitslose gegen Beschäftigte, Festangestellte gegen Befristete und LeiharbeiterInnen, Kern-belegschaften gegen prekär Beschäftigte, RentnerInnen gegen Jugendliche, Überarbeitete gegen Ausgegrenzte, EU-BürgerInnen gegen Flüchtlinge, MigrantInnen oder „Papierlose“. **Diese Rechnung machen wir nicht mit!** Die bundes- und europaweiten Proteste am 28.März und am 16.Mai waren der Auftakt für einen solidarischen Widerstand gegen die katastrophale soziale Ungerechtigkeit der Krisenpolitik. Das überregionale Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ plant für den **17.September jetzt einen dezentralen bundesweiten Aktionstag**. Daran wollen wir uns auch in Bremen beteiligen.

Bei aller Unterschiedlichkeit fordern wir gemeinsam:



1. Für die Krise sollen diejenigen zahlen, die sie verursacht und/oder davon profitiert haben: Keine Abwälzung der Krisenlasten auf Beschäftigte, Arbeitslose, Rentnerinnen usw. Wir fordern u.a. die Einführung der Vermögenssteuer und Börsenumsatzsteuer, höhere Spitzensteuersätze und Belastung der KapitalbesitzerInnen mit den Kosten der Krise!

2. Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn und eine existenzsichernde, repressionsfreie Grundsicherung gehören zusammen und müssen jetzt umgesetzt werden! Wir unterstützen deshalb die bundesweiten Forderungen nach Abschaffung der „Hartz-Gesetze“ (im ersten Schritt sofortige Erhöhung des Eckregelsatzes bei Hartz IV auf 500 €), die Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Std. bei vollem Lohnausgleich, die Einführung eines allgemeinen Mindestlohns von 10 € sowie die Bezahlung von Kurzarbeit zu 100 Prozent!

3. Wir brauchen mehr Schutzrechte für die Menschen und soziale Sicherheit! Wir fordern deshalb u.a. umfassende staatliche Regelungen gegen Massenentlassungen, die Abschaffung des zum Teil staatlich subventionierten Niedriglohnssektors einschließlich des Verbots von Leiharbeit in ihrem derzeitigen Zuschnitt. Erforderlich sind des Weiteren umfassende Investitionen im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich.

4. Banken und Schlüsselindustrien müssen vergesellschaftet werden zum Beispiel in Form von Genossenschaften. Versorgungs- und Infrastrukturbetriebe (insbesondere Wohnen, Gesundheit, Energie, Wasser, öffentlicher Nahverkehr, Bahn, Post und Kommunikation) gehören in die öffentliche Hand, aber mit gesellschaftlicher Kontrolle! Auf dem Weg dorthin müssen demokratische Teilhaberechte deutlich ausgebaut werden das umfasst auch das Recht auf politischen Streik. Aus aktuellem Anlass fordern wir daher die Rücknahme der Disziplinarmaßnahmen gegen jene verbeamteten LehrerInnen und GewerkschaftsvertreterInnen, die im Februar in Bremen für ihre Rechte gestreikt haben und jetzt von der Senatorin für Bildung, Frau Jürgens-Pieper, mit Disziplinarmaßnahmen bestraft werden sollen.

5. Der ökologische Umbau der Gesellschaft ist dringender denn je! Die Wirtschaftskrise darf nicht zu Lasten des Klimas „gelöst“ werden. Maßnahmen wie die „Abwrackprämie“ lehnen wir deshalb ab.

6. Wir lehnen scheinbare Krisenlösungen ab, die auf Kosten der ohnehin notleidenden Weltregionen gehen, wie etwa erzwungene Marktöffnungen oder weitere Liberalisierungen des Kapitalverkehrs. Wir fordern stattdessen internationale Solidarität in der Krise und die gezielte Unterstützung der Betroffenen weltweit!

Soviel steht fest: Forderungen mögen noch so überzeugend sein ohne massiven Druck „von unten“ werden sie seitens der Regierungen oder Unternehmen nicht umgesetzt werden. Wir müssen uns also zusammen-schließen und (endlich) beginnen, für unsere Rechte ernsthaft zu kämpfen auch und gerade in der Krise! Alle sind deshalb eingeladen, sich an den Aktionen am 17.09. in Bremen zu beteiligen.

Bremer Aktionsbündnis
„Wir zahlen nicht für Eure Krise!!!!“
<http://www.kapitalismuskrise.org/>

Mayday-Bündnis Bremen
<http://sozialkonflikt.de/mayday/>